

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 11

47. Jahrgang

November 1993

*Bei Ideen hilft nicht verbieten, sondern nur
widerlegen.*

Peter Glotz

Postnationaler Patriotismus?

An Verständnis für die immensen Belastungen, die der östliche Nachbar zu bewältigen hat, fehlte es keineswegs in der eindringlichen Rede von *Jaques Delors* zum dritten Jahrestag der deutschen Einheit, erst recht nicht an der Anerkennung für das schon Geleistete. Und doch klang ob der deutschen Stimmungslage auch etwas ratloses Kopfschütteln mit: „Über soviel Kleinmut können sich Ihre Nachbarn in Europa nur wundern“. Die Aufgabe, die Einheit im Herzen der Menschen in Deutschland zu verankern, sei doch wohl nicht zu groß, der Preis für diese Einheit nicht zu hoch, mahnte der Präsident der EG-Kommission beim Festakt in Saarbrücken mit suggestiven Fragen das Selbstverständliche an.

Kleinmütig ist er vielleicht, der Blick der Deutschen auf ihr nun drei Jahre alt gewordenes wiedervereintes Land, in jedem Fall aber nüchtern – ernüchtert und enttäuscht in den neuen Bundesländern, nüchtern und distanziert in den alten. „Miese petrig“ auf beiden Seiten, lautet das Urteil der Kommentatoren fast unisono. Nüchternheit, Nachdenklichkeit und ernste Mahnungen dominierten auch die Ansprachen, Reden und Predigten anlässlich der Feierlichkeiten am 3. Oktober 1993; „Solidarität und Opferbereitschaft“ waren die meistgebrauchten Begriffe, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, allen voran die Arbeitslosigkeit, ihr zentraler Gegenstand.

Vor allem aber bleibt festzustellen: Die *nationale Klaviatur* blieb bei den offiziellen Feierlichkeiten unbespielt. Von nationalem Überschwang, gar „nationaler Besoffenheit“, die mancher Skeptiker für das nun wieder souveräne Deutschland befürchtet hatte, ist auch im Jahre vier der deutschen Einheit nichts zu spüren. Der reichlich hölzernen als „zentrale Einheits-

feier“ bezeichnete Staatsakt war deutlich „europäisch“ geprägt. So „europäisch“ immerhin, daß einzelne Beobachter es sich nicht verkneifen konnten, auf den – mit Feuerwerk und Volksfest garnierten – ausgelassenen Nationalstolz zu verweisen, mit dem man in anderen Ländern, gerade auch in westlichen Demokratien, den Nationalfeiertag zu begehen pflegt. Als ein weiteres Symptom der „verklemmten Nation“ ließ sich die bis zu Dröghheit und Gleichgültigkeit reichende Nüchternheit der Landsleute publizistisch geschickt mit deutschem Jubel über den Olympia-Zuschlag für Sydney und dem Unverhältnis umzugs-unwilliger Politiker und Beamter zur deutschen Hauptstadt zusammenstricken.

Deutschland – ein postnationaler Staat?

Indessen bedarf weder die „europäische“ Prägung der Feierlichkeiten noch der Unterschied zu den Nationalfeiertagen anderer Länder besonderen Aufhebens. Beides ist in Deutschland, das schon in seinem Grundgesetz der internationalen Integration und Kooperation einen hohen Rang einräumt, auch nach dem Erlangen voller Souveränität für einen Großteil der Bevölkerung und seiner politischen Verantwortlichen selbstverständlich. Dies schließt keineswegs die Wertschätzung der Kulturnation Deutschland und ein manifestes Bekenntnis zu ihr aus. Die Frage, ob vor diesem Hintergrund das heutige Deutschland schon als postnational bezeichnet werden kann oder soll, wirkt deshalb erst einmal reichlich akademisch. Kaum ernsthaft in Frage gestellt werden jeden-

falls die in vierzig Jahren BRD bewährte Einheit von Nationalstaatlichkeit und freiheitlich-demokratischer Grundordnung auf der einen Seite und die enge Einbindung Deutschlands in der Vielzahl außen-, sicherheits-, und wirtschaftspolitischer Verflechtungen der internationalen Staatengemeinschaft andererseits. Deutschland als Nation? – eigentlich also auch nach der Wiedervereinigung kein drängendes Thema.

Und doch hat das Thema „Nation“ Konjunktur, freilich in ganz verschiedenen Spielarten, mit sehr unterschiedlichen Interessen und in ebenso verschiedenen Kontexten. Dabei finden sich in dieser Debatte um deutsches Nationalbewußtsein und nationale Identität sowohl die altbekannten wie auch jüngere, eher neue Aspekte. In jedem Fall aber scheint die allgemeine Krise(nstimmung) für dieses Thema eine gewisse Katalysatorfunktion zu besitzen.

Keineswegs ungewohnt, zur Zeit aber deutlich forciert ist das Thema Nation fester Bestandteil *tagespolitischer Rhetorik*; vor allem dort, wo es nicht um die gemeinsame Bewältigung der sich mehr und mehr stauenden politischen Probleme geht, sondern darum, Schuldige für verschiedene politische Malaise haftbar zu machen. Dem schnell erhobenen Vorwurf nationaler Schlagseite und „Deuschtümelei“ steht das Verdikt selbstbezoglicher, geschichtsvergessener Provinzialität, eines illusorischen Internationalismus und des ideologischen Multikulturalismus gegenüber. Beispiele aus jüngster Zeit lassen sich unschwer finden:

In rechtspopulistischer Manier versuchen bestimmte Kreise in der *Asyl- und Ausländerdebatte* mit der Rede von der „Überfremdung“ die anachronistische Vorstellung einer ethnisch homogenen und geschlossenen deutschen Nation zu suggerieren und damit kräftig Stimmung zu machen. Wer sich um Einwanderungsregelungen und die Aufrechterhaltung eines für die deutsche Verfassung charakteristischen Grundrechtes bemüht, läßt sich so mühelos in die Ecke der realitätsblinden, vaterlandslosen Gesellen stellen.

Umgekehrt wird mit dem zügig verteilten und ebenso schlichten Etikett „Neonazi“ jede differenzierte Analyse der verschiedenen Dimensionen aufflammender Ausländerfeindlichkeit verhindert; unendlich scheint die mögliche Themenliste für wachsamen Antifaschisten. Im Gegenzug dazu wiederum werden brandschatzende Jugendliche verständnisvoll reintegriert, kommen angeblich doch in deren „Wut“ nur die von elitärem linksintellektuellen Multikulturalismus verhöhnten Ängste des „kleinen Mannes“ zum Ausdruck.

Auch in die *außenpolitische Kursuche* des wiedervereinten Deutschland wird nationale Rhetorik eingeflochten. Allerdings wird diese gelegentlich auch durch Polemik aus dem Ausland provoziert, die sich das wiedervereinte Deutschland partout nur in Rückkehr zur Hegemonialmacht, auf unseligen „Sonderwegen“ und ungezügelm Drang (vom Westen weg) nach Osten vorstellen will.

Für die zweifellos berechnete – und nun auch vom Verfassungsgericht teilweise bestätigte Kritik – etwa an einem über-

bürokratisierten und mit demokratischen Defiziten belasteten europäischen Einigungsprozeß braucht es kein Schüren nationaler Ängste, erst recht nicht die Reduktion deutscher Identität auf die Währung. Am Integrationswillen Deutschlands durch übertriebene nationale Äußerungen im Ausland Zweifel zu nähren, wäre nicht nur für die „Exportnation Deutschland“ fatal. Überdies bedarf die besondere Verantwortung Deutschlands für den Osten keiner historischen, anachronistisch-geopolitischen Begründung.

Ebenso unproduktiv ist die in der Debatte um die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO vorgebrachte Beschuldigung, hier sollten militaristische Muster aus deutscher Vergangenheit wiederbelebt werden. Überflüssig war aber auch das kitschige Pathos, mit der die auflagenstarke Boulevardpresse „unsere Jungs“ zu Beginn ihres ersten großen Auslandseinsatzes begleitet hat.

Mit Sicherheit hat die anstehende *Bewältigung des SED-Staates* die Gereiztheit wie die hohe Sensibilität beim Thema „Deutschland als Nation“ zusätzlich verschärft. Wo die einen nun die „richtige“, im Gegensatz zu der von den Alliierten verordneten und damit mitunter nur recht oberflächlich geglückten Vergangenheitsbewältigung praktizieren wollen, plädieren andere für ein möglichst rasches Ende wie nach 45 auch, stoßen sich wieder andere an einem heuchlerischem Selbstbewußtsein, das die antifaschistische Attitüde des SED-Staates fortzuschreiben sucht.

So künstlich und unproduktiv wie diese wechselseitigen rhetorischen nationalen Übertreibungen – die Betonung endlich erreichter, wohlverdienter „normaler“ Nationalstaatlichkeit auf der einen, die ständige Beschwörung neuentflammenden Nationalismus auf der anderen Seite – im tagespolitischen Geschäft auch wirken, sie dienen vielleicht dennoch auch der nötigen Identitätsvergewisserung und verhindern die Ausbreitung falscher geschichtsvergessener Selbstverständlichkeiten.

Der Mangel an „sentiment national“

Es gibt jedoch noch eine ganz andere Facette der neuen-alten Diskussion um „Deutschland als Nation“. Im Verein mit den in jüngster Zeit sich häufenden Appellen zu neuem Wertebewußtsein, zu Zivilcourage, zu staatsbürgerlichem Verantwortungs- und Pflichtgefühl fordern politisch Verantwortliche von ihren Zeitgenossen derzeit auch verstärkt *patriotische Gesinnung* ein.

Die Krisenphänomene, denen diese Appelle entgegengesetzt werden, sind vielfach beschrieben und beschworen worden: ein Maß an bis zu Staatsverdrossenheit heranreichender Politikverdrossenheit, das – in Zeiten wirtschaftlicher Rezession zumal – bereits anfanghaft die Stabilität der Demokratie zu gefährden scheint; ein in seinen Grundlagen unsicher gewordener gesellschaftlicher Konsens und der damit immer schwieriger gelingende Interessenausgleich; eine weitverbrei-

tete Anspruchshaltung dem Staat gegenüber, verbunden mit dem gleichzeitigen Schwund an Gemeinwohlorientierung.

Zweifellos sind Politikverdrossenheit und eine das staatliche Zusammenleben insgesamt gefährdende Abnahme an Gemeinwohlorientierung in allen westlichen Demokratien zu einem vitalen Problem geworden. Aber für Deutschland stellt es sich nochmals mit einer eigenen, besonderen Schärfe: Die Kosten der deutschen Wiedervereinigung sind zu zahlen, und Deutschland-West zeigt sich unwillig. Nicht selten entsteht der Eindruck, in der alten Bundesrepublik sähen einige letztlich auch nach drei Jahren nicht den Grund, warum man sie überhaupt für den Aufbau Ost zur Kasse bittet. Die immensen Kraftanstrengungen, die notwendig sind, um die Teilung in allen ihren Dimensionen zu überwinden und um in Deutschland-West und in Deutschland-Ost die gleichen Lebensbedingungen und -chancen zu schaffen, sind ein eminent nationales Problem, eine nationale Aufgabe.

Von besorgten Landsleuten befragt, antwortete *Alfred Grosser* – der Blick des Nachbarn mag für die innerdeutsche Debatte als unverfänglich gelten –, es gebe in der alten Bundesrepublik ein wenig „nationalisme“, aber es gebe vor allem einen verwerflichen Mangel an „sentiment national“ in dem Sinne, daß man sich nicht vorrangig als Mitbürger der ehemaligen DDR-Bürger definiere, sondern als Interessenträger, sei es seines Berufes, einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner Region.

Normatives Defizit oder Provinzialismus?

Die Gründe für das in Deutschland fehlende „sentiment national“ werden recht unterschiedlich verortet: Für die einen ist es Produkt des administrativ durchgepackten Einigungsprozesses und Folge des Verzichts, einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ in einer Verfassungsdebatte öffentlich aushandeln zu lassen (*Jürgen Habermas*). Dagegen vermutet etwa *Karl-Heinz Bohrer* den Grund für das beklagte Defizit in einem sich postnational gebenden „Provinzialismus“. Im Reflex auf das „dritte Reich“ – dem zweiten gescheiterten Versuch Deutschlands, zu einem universalistischen Nation-Verständnis zu gelangen – sei man in Deutschland zu einer „Volksidentität regionalistischen Typs“ regrediert und habe damit die problematische Tradition der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wiederbelebt. Polemik gegen die „Toskana-Kosmopoliten“ und deren Fluchtwege aus der nationalen Identität in die „betroffene“ Innerlichkeit, in das Lebensweltliche (*Cora Stephan*) läßt sich mit dieser Analyse mühelos verbinden. Der Befund ist in jedem Fall eindeutig: In einer Gesellschaft, in der alles Nationale ausgeklammert oder rückhaltlos kritisiert wurde, in der Kinder und Jugendliche mit einer kaum mehr hinterfragten Zweistaatlichkeit aufgewachsen sind, läßt sich nur schwer vermitteln, warum besondere Solidaritätsleistungen für die neuen Mitbürger zu erbringen sind.

Braucht es demnach Patriotismus gegen die grassierende pro-

vinzielle und nationvergessene „Kleinmütigkeit“? Unbestreitbar muß das wiedervereinte Deutschland diesem Mangel an „sentiment national“ etwas entgegensetzen: Es gilt, das Bewußtsein dafür, verantwortlich zu sein für die gemeinsame Bewältigung der anstehenden nationalen Aufgaben bei allen gesellschaftlichen Kräften sowie bei jedem einzelnen zu fördern. Verantwortung ist dabei für die gemeinsame Zukunft, aber auch für die *gemeinsame Vergangenheit* zu übernehmen. Denn die glücklich erlangte Wiedervereinigung taugt gerade nicht als Begründung für einen Schlußstrich unter die auch öffentlich zur Sprache gebrachte Erinnerung an die Verbrechen Nazi-Deutschlands. Sie ist im Gegenteil Chance und Verpflichtung zugleich, sich nun als ganze Nation dieser Vergangenheit zu stellen und die Sensibilität gegenüber den Opfern jener Zeit, deren Kindern und Enkeln gemeinsam zu bewahren. Schließlich werden auch nur unter dieser der Geschichte verpflichteten Perspektive die Lasten der Wiedervereinigung in einer Dimension erkennbar, in der sie für die Bürger im Westen verpflichtend sind: nicht ausschließlich, aber eben auch als verspätete Kriegsfolgen.

Der Appell an deutschen Patriotismus wird dabei auch in Zukunft immer mit einer gewissen Befangenheit gehört werden (müssen); nicht nur deshalb, weil sich patriotisches Bewußtsein nicht quasi von heute auf morgen von außen oder oben in die Gesellschaft implantieren läßt. Vor allem aber darf das geforderte „sentiment national“ nicht verwechselt werden mit einem „Germany first“ oder einem Abschotten nach außen, solange bis alle die Probleme im „eigenen Haus“ gelöst sind. Die Integration und Kooperation, die Bereitschaft den Nachbarn in jeder Hinsicht verlässlicher Partner zu sein, ist ebenso eine drängende nationale Aufgabe wie die keineswegs einfache Herausforderung, Deutschland auch angesichts des hohen Migrationsdruckes als „offene Gesellschaft“ zu gestalten und zu bewahren.

Die Antwort auf die in dem Appell zu einem „sentiment national“ geforderte Haltung muß ein *forcierter Verfassungspatriotismus* sein. Mehr an „Stolz, ein Deutscher zu sein“ braucht es dazu nicht. Um die das staatliche Zusammenleben insgesamt gefährdenden Defizite an Gemeinwohlorientierung zu bewältigen, muß nicht auf eine vorpolitische, vorstaatliche oder gar völkische Nationalgemeinschaft rekurriert werden. Nation oder Patriotismus sind eben nicht das Ziel der gemeinsamen Anstrengung, sondern die Ebene bzw. ein Mittel, die anstehenden Probleme zu bewältigen.

Was aber ist nun unsere nationale Identität? In seiner Rede zum Tag der Einheit gab *Richard Schröder* auf diese Frage zur Antwort: „Kein Geheimnis, sondern schlicht dieser Kreis von Aufgaben, die wir nur gemeinsam lösen können – wir, die Deutschen. Es ist schlicht dies: Daß wir neben unseren eigenen Interessen, Interessengegensätzen und unterschiedlichen Auffassungen auch Aufmerksamkeit aufbringen für unsere gemeinsamen Angelegenheiten und was aus ihnen wird.“ Ein Mehr an nationaler Identität muß nicht beschworen werden.

Alexander Foitzik